

Zuversicht in der Wirtschaft steigt – doch mehr Rückenwind durch die Politik notwendig

Fazit: Der März zeigt eine Aufhellung in der Stimmung der Wirtschaft. Ein Anstieg der Erwartungskomponente lässt darauf hoffen, dass sich in den kommenden Quartalen diese weiter verbessern wird. Eine nachhaltige Trendwende erfordert jedoch entschlosseneren Maßnahmen seitens der Politik.

Der Staat hat zwar großzügige Ausgaben angekündigt. Diese werden aber der Industrie nur begrenzt helfen. Für eine Aufbruchstimmung braucht es Reformen, die sich auf private Investitionen und damit auf die Anreizstrukturen auf der Angebotsseite der Wirtschaft fokussieren. Hier besteht weiterhin großer Handlungsbedarf, um den Industriestandort zu stärken und die negative Stimmung vieler Unternehmen zu brechen.

Die IKB erwartet ein BIP-Wachstum von unter 0,5 % im Jahr 2025 und knapp unter 2 % im Jahr 2026. Für die Industrieproduktion ist im Jahr 2025 von einer Bodenbildung bzw. leichten Erholung auszugehen.

Fiskalpakete steigern Wachstum im Jahr 2026 spürbar ...

Konjunkturelle Effekte werden sich vor allem ab 2026 ergeben, da Infrastruktur- und Rüstungsausgaben typischerweise einen gewissen Vorlauf benötigen. Infrastrukturmaßnahmen erhöhen die staatlichen Bruttoinvestitionen, aber auch Staatskonsum und Vermögenstransfers, weil das Sondervermögen bisher sehr weit gefasst ist. Verteidigungsausgaben erhöhen staatliche Ausrüstungsinvestitionen (Waffensysteme), aber auch Investitionen in Bauten, sonst. Anlagen (FuE) und in Lager. Der Personalaufbau bei der Bundeswehr macht sich im Staatskonsum bemerkbar. Die IKB hat daher ihre BIP-Prognose 2026 für die deutsche Wirtschaft auf 1,8 % angehoben. Im laufenden Jahr sollte das BIP-Plus bei 0,3 % liegen.

... doch nachhaltiges Wachstum braucht einiges mehr

Damit das Fiskalpaket nicht zum konjunkturellen Strohfeuer verkommt und über 2026 hinauswirkt, ist es entscheidend, dass die Politik die Mittel in Wirtschaftswachstum transferiert. Für Wachstumsimpulse und eine spürbare Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bedarf es eines effektiven Mitteleinsatzes. Dieser scheint aber angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen, des festgelegten Sondierungspapieres und auch der laufenden Koalitionsverhandlungen von Union und SPD (s. Tabelle 1 linke Spalte) eher zweifelhaft. Wichtiges bleibt vage, zweifelhafte Wahlgeschenke sind dagegen z. T. sehr detailliert

formuliert. Bei den beiden bedeutenden Themen braucht es jetzt aber Klarheit und Planungssicherheit.

Neben der Verteidigungssicherheit und der Auflösung des Investitionsstaus gilt es nach wie vor die bekannten strukturellen Schwächen (überbordende Bürokratie und Regulierung, hohe Lohnneben- und Energiekosten, Fachkräftemangel, zu teures Rentensystem) anzugehen, damit Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum nachhaltig verbessert werden. Ohne Reformen besteht das Risiko, dass die zusätzlichen Schulden einen Inflationsdruck erzeugen, in der Folge die Zinsen steigen und die erhofften Wachstumsimpulse verpuffen.

Zudem ist eine Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wachstum die Einbindung der Privatwirtschaft. Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist aktuell nicht mehr attraktiv genug für die nötigen unternehmerischen Investitionen. Von daher ist eine Stärkung des Standorts erforderlich, damit Unternehmen die benötigten Kapazitäten für ein nachhaltiges Wachstum aufbauen. Das Finanzpaket ist hierfür ein erster Schritt, doch ohne weitere Investitionsanreize wird das nicht reichen.

Tabelle 1: Geplante und notwendige Maßnahmen

Geplant	Was müsste getan werden
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Infrastrukturinvestitionen finanziert durch Sondervermögen von 500 Mrd. €, Laufzeit 10 Jahre. ▪ Ausweitung der Verteidigungsausgaben: 1 % des BIP über Bundeshaushalt, zusätzliche Ausgaben werden Schuldenbremse nicht angerechnet. ▪ Senkung der Stromsteuer, Ausweitung des Angebots ▪ Anreize für private Investitionen zu erwarten. Unternehmenssteuerreform, Staatsgarantien und Investitionsfonds. ▪ Mindestlohn auf 15 € 2026; Stärkung der Tarifbindung. ▪ Einkommenssteuerreform zur Entlastung der Mittelschicht, Erhöhung der Pendlerpauschale. ▪ Steuerfreie Zuschläge für Überstunden; Reform des Bürgergelds. ▪ Aktivrente (Gehalt bis 2000 € steuerfrei); Agentur für Migration. ▪ <i>Angleichung der Mütterrente, Selbständige werden in gesetzliche Rentenversicherung einbezogen.</i> ▪ <i>Senkung der Umsatzsteuer im Gastronomiebereich.</i> ▪ <i>Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückvergütung.</i> ▪ <i>E-Mobilität durch Kaufanreiz fördern.</i> 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das eine tun, und das andere nicht lassen: Investitionsimpulse ebenso notwendig wie Reformen. Stimmung bzw. Einstellung zum Standort muss sich kurzfristig verbessern; Konjunkturthemen sind zu strukturellen Hemmnissen geworden ▪ Deutschlandfonds, um Investitionsrendite kurzfristig zu erhöhen ▪ Schuldenbremse reformieren, um Priorisierung im Haushalt zu erzwingen ▪ Klare Definition von Staatsinvestitionen - Verteidigungsausgaben sind keine Investitionen ▪ Glaubwürdige Reformen (Bürokratieabbau) ▪ Steuerpolitik fängt bei den Ausgaben an; glaubwürdige Investitionspolitik fängt bei der Priorisierung an ▪ Exportmodell braucht Angebotsreformen; Investitionsschub ▪ Wohnungsbau: Angebotsreaktion bitter notwendig ▪ Gesellschaftlicher Zusammenhalt ▪ Attraktivität als Einwanderungsland ▪ Richtige Anreize setzen und keine finalen Ziele der Verteilungspolitik ▪ Einkommen versus Konsum versus Vermögen ▪ Reform des Bildungssystems durch Steueranreize? ▪ Alleiniger Fokus auf globalen CO2-Preis; Markt und weniger Regulatorik

Quellen: Sondierungsvereinbarung CDU/CSU und SPD

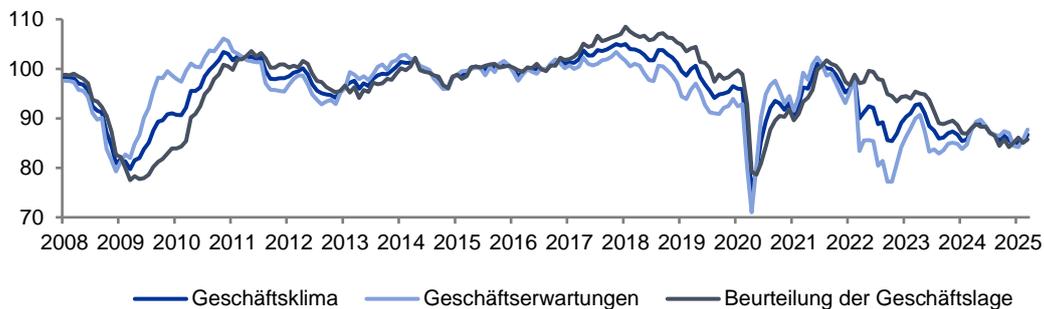
Aufbruchstimmung lässt auf sich warten – und dies zurecht

Das ifo Geschäftsklima hat sich im März vor allem durch die Erwartungskomponente verbessert. Unternehmen sind etwas optimistischer geworden, was die Zukunft angeht. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für weitere Aufhellungen des ifo Geschäftsklima in den kommenden Monaten. Ob damit eine grundsätzliche Trendwende erreicht ist, bleibt abzuwarten; es braucht jedoch einiges mehr an Rückenwind durch die Politik.

Unternehmen müssen die Überzeugung haben, dass der Staat die entscheidenden Herausforderungen angeht und sich nicht nur mit Verteilungsthemen und sozialen Zielen beschäftigt. Eine spürbare Aufbruchstimmung braucht Angebotsreformen, die die erwartete Rendite des investierten Kapitals am Standort Deutschland steigert. Dies beinhaltet auch eine Steuerreform, die bei den Sozialausgaben beginnen muss, um glaubwürdig zu sein. Viele der notwendigen Reformen mögen erst mittel- bis langfristig ihre Folgen zeigen. Deshalb ist es kurzfristig umso entscheidender, dass der Staat Glaubwürdigkeit dadurch

erlangt, indem er sich auf Anreizstrukturen und das Gewinnpotenzial fokussiert und eben nicht nur auf Verteilungs- bzw. soziale Themen.

Abb. 1: ifo Geschäftsklima,



Quelle: Bloomberg

Das aktuelle Paket wird ohne Angebotsreformen für Inflation sorgen und die Schuldenquote deutlich nach oben treiben. Auch wird das höhere Wachstum im Jahr 2026 nur begrenzt der Industrie helfen. Sicherlich wird es Spill-Over-Effekte geben. Doch die deutsche Industrieproduktion wird vorerst durch eine schwache Exportnachfrage aufgrund einer Eintrübung der US-Wirtschaft und zunehmender Zollbarrieren belastet. Grundsätzlich wird der Export aber auch und vor allem durch fehlende private Investitionen beeinträchtigt. Bis auf kurzfristige und eher begrenzte Nachfragestimulierung werden diese durch die angekündigten Pakete nicht grundsätzlich gefördert.

So gibt es keinen Grund, warum die Stimmung unter den Unternehmen grundsätzlich besser werden sollte bzw. die deutsche Industrie einen Stimmungsaufbruch erfährt, der den seit 2018 anhaltenden negativen Trend im ifo Geschäftsklima beenden würde. **Noch ist der Staat den Beweis größtenteils schuldig, dass er die wachstumshemmenden Themen mit der notwendigen Dringlichkeit angeht. So ist davon auszugehen, dass Unternehmen eher reaktiv handeln werden. Also: Der Staat muss liefern, bevor Unternehmen ihre negative Einschätzung zum Standort Deutschland grundsätzlich ändern werden. Sicherlich wird eine konjunkturelle Unterstützung hierbei helfen. Sie ist allerdings nur ein erster und bei weitem nicht ausreichender Schritt vor allem, was den Industriestandort angeht.**

Autor: Dr. Klaus Bauknecht

Tel. +49 211 8221 4118

klausdieter.bauknecht@ikb.de

Disclaimer

Diese Unterlage und die darin enthaltenen Informationen begründen weder einen Vertrag noch irgendeine Verpflichtung und sind von der IKB Deutsche Industriebank AG ausschließlich für (potenzielle) Kunden mit Sitz und Aufenthaltsort in Deutschland bestimmt, die auf Grund ihres Berufes/Aufgabenstellung mit Finanzinstrumenten vertraut sind und über gewisse Erfahrungen, Kenntnisse und Sachverstand verfügen, um unter Berücksichtigung der Informationen der IKB Deutsche Industriebank AG Entscheidungen über ihre Geldanlage und die Inanspruchnahme von Wertpapier(neben)dienstleistungen zu treffen und die damit verbundenen Risiken unter Berücksichtigung der Hinweise der IKB Deutsche Industriebank AG angemessen beurteilen zu können. Außerhalb Deutschlands ist eine Verbreitung untersagt und kann gesetzlich eingeschränkt oder verboten sein.

Die Inhalte dieser Unterlage stellen weder eine (i) Anlageberatung (ii) noch eine individuelle Anlageempfehlung oder (iii) eine Einladung zur Zeichnung oder (iv) ein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten dar. Die Unterlage wurde nicht mit der Absicht erarbeitet, einen rechtlichen, steuerlichen oder bilanziellen Rat zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass die steuerliche Behandlung einer Transaktion von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängt und künftigen Änderungen unterworfen sein kann. Stellungnahmen und Prognosen stellen unverbindliche Werturteile zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage. Eine Änderung der Meinung des Verfassers ist daher jederzeit möglich, ohne dass dies notwendigerweise publiziert wird. Die in der Unterlage zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der IKB wider. Prognosen zur zukünftigen Entwicklung geben Annahmen wieder, die sich in Zukunft als nicht richtig erweisen können; für Schäden, die durch die Verwendung der Unterlage oder von Teilen davon entstehen, wird nicht gehaftet.

Frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen sind kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Wertentwicklung.

Bei der Unterlage handelt es sich nicht um eine Finanzanalyse i.S.d. Art. 36 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 oder Empfehlung i.S.d. Art. 3 Abs. 1 Nr. 35 Verordnung (EU) 596/2014.

Die vorliegende Unterlage ist urheberrechtlich geschützt. Das Bearbeiten oder Umarbeiten der Werbemitteilung ist untersagt. Die Verwendung oder Weitergabe der Unterlage in jeglicher Art und Weise an Dritte (z.B. Geschäftspartner oder Kunden) für gewerbliche Zwecke, auch auszugsweise, ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der IKB Deutsche Industriebank AG zulässig.

Ansprechpartner in der IKB Deutsche Industriebank AG

40474 Düsseldorf
Wilhelm-Bötzkes-Straße 1
Telefon +49 211 8221-0

Dr. Klaus Bauknecht
Volkswirtschaft
Telefon +49 211 8221-4118

25. März 2025

Herausgeber:	IKB Deutsche Industriebank AG
Rechtsform:	Aktiengesellschaft
Sitz:	Düsseldorf
Handelsregister:	Amtsgericht Düsseldorf, HR B 1130
Vorsitzender des Aufsichtsrats:	Dr. Karl-Gerhard Eick
Vorsitzender des Vorstands:	Dr. Michael H. Wiedmann
Vorstand:	Dr. Patrick Trutwein, Steffen Zeise